

## Sozialdienst Wasseramt; Genehmigung Stellenplan

---

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

### Ausgangslage

Mit der per 01.01.2008 in Kraft gesetzten Sozialgesetzgebung im Kanton Solothurn wurden die heutigen Sozialregionen gebildet. Im Rahmen dieses Vorgehens war vorgesehen, dass neben den Sozialhilfekosten auch die Verwaltungskosten, welche den Sozialregionen im Zusammenhang mit der Erbringung der Sozialhilfe und den Aufgaben im Kindes- und Erwachsenenschutzbereich entstehen, in einen Lastenausgleich zwischen den Einwohnergemeinden und dem Kanton verrechnet werden können. Damit werden die Kosten über alle Gemeinden gerecht verteilt und in allen Sozialregionen bestehen dieselben Vorgaben für das Personal sowie für die Qualitätssicherung.

In § 39 Abs. 1 der kant. Sozialverordnung (SV) wird für den Betrieb eines Sozialdienstes ein Stellenschlüssel definiert, welcher für 100 anerkannte Dossiers pro Jahr 125 Stellenprozent vorsieht. Diese sind aufgeteilt in einen Anteil von 75 % Facharbeit und 50 % Administration. Im Stellenschlüssel werden jedoch betrieblich zwingend anfallende Aufgaben nicht berücksichtigt, wie bspw. der Aufwand für die Abklärungen im Kindes- und Erwachsenenschutzbereich oder für das Fallaufnahmeverfahren in der Regel- und Asylsozialhilfe. Ebenfalls finden die Aufgaben der Stellenleitung, wie auch der Bereichs- und Gruppenleitung keine Beachtung im Stellenschlüssel. Deshalb hatte die Sozialkommission Wasseramt als Trägerschaft der Sozialregion Wasseramt im Jahr 2021 ergänzende Indikatoren definiert, welche bei der Berechnung des jährlichen Stellenbedarfs für den Sozialdienst Wasseramt herangezogen werden.

Mit Schreiben vom 07.07.2022 hatte das Amt für Gesellschaft und Soziales (AGS) den Sozialregionen die Kostenverteilung der Sozialadministration und die minimal erforderlichen Stellenpläne per 2023 bekannt gegeben. Grundlage der Vorgaben sind die Dossierzahlen der Sozialhilfe und des Kindes- und Erwachsenenschutzbereiches per 31.12.2021. Beim Sozialdienst Wasseramt ist per 31.12.2021 von total 1281 Dossiers ausgegangen wird, was minimal 16.01 Stellen (fallführendes Personal) entspricht. In dieser Aufstellung sind die Folgen des Ukrainekrieges und die damit verbundene Dossierentwicklungen noch in keiner Weise berücksichtigt.

### Sachverhalt

Die Sozialkommission Wasseramt hatte anlässlich der Sitzung vom 27.09.2022 über die Pensenaufstockung resp. der Stellenplan des Sozialdienstes Wasseramt zu entscheiden. Der vorliegende Stellenplan und die damit beinhaltenden Pensenaufstockung wurden nach eingehender Diskussion zuhanden der Leitgemeinde der Sozialregion Wasseramt einstimmig verabschiedet.

Die Mitglieder der Sozialkommission mussten dabei zur Kenntnis nehmen, dass folgende planerischen **Pensendefizite** pro Fachbereich per Stichtag 30.06.2022 ausgewiesen werden.

▪ Sozialarbeit Regel- und Asylsozialhilfe inkl. Intakeverfahren:	230 %
▪ Sozialarbeit Kindes- und Erwachsenenschutz inkl. Abklärungsverfahren:	90 %
▪ Administration (ohne Regionale AHV-Zweigstelle)	100 %
<b>Total</b>	<b>420 %</b>

Der budgetierte und bewilligte Stellenplan per 2022 sieht gesamthaft ein von der Leitgemeinde bewilligtes Kontingent von **24.70 Stellen** vor.

Die nun beantragte Pensenaufstockung resp. der Stellenplan **per 2023** zuhanden der Leitgemeinde bzw. Budget-Gemeindeversammlung Derendingen sieht neu eine **Stellenerhöhung um 250%** mit gesamthaft **27.90 Stellen** vor. Als Folge des Ukrainekrieges hatte die Sozialkommission Wasseramt im Sinne einer Sofortmassnahme resp. zur Entlastung des Personals des Sozialdienstes bereits eine ausserordentliche Pensenaufstockung von 70% genehmigen müssen. Im Rahmen des Aufsichts- und Revisionsverfahrens hatte das AGS im April 2021 der Sozialregion Wasseramt unter anderem die Auflage gemacht, dass die Stellenleitung resp. die Bereichsleitungen im Fachbereich der Regel- und Asylsozialhilfe von der Fallbearbeitung entlastet werden müssen. Entsprechend sind nicht nur auf Grund der hohen Falllast sondern auch zur innerbetrieblichen Umverteilung der bestehenden Dossiers zusätzliche Pensen des Sozialdienstes Wasseramt erforderlich.

Im Bereich der Administration soll vorerst nur eine kleine Pensenaufstockung von 20% (statt 100%) vollzogen werden. Es sollen die Folgen der Zusammenführung der bisherigen zwei Standorte abgewartet werden, da sich das Leitungsteam des Sozialdienstes Wasseramt mit dem Umzug und den direkteren Wegen eine Effizienzsteigerung bei der Aufgabenerfüllung verspricht.

Im Sinne dieser Ausführungen wird für das Betriebsjahr 2023 für den Sozialdienst Wasseramt nachfolgender effektiver Stellenbedarf ausgewiesen:

Fachbereich	Stellenplan 2022	Aufstockung im 2022	Antrag 2023	Stellenplan 2023	Bemerkungen
Stellenleitung	100%			100%	
Bereichsleitungen	210%			210%	
Fachbereich KES	580%		+ 70%	650%	30% bereits bewilligt 2022 sind aktuell unbesetzt → Ausschreibung eine Stelle: 60-100%
Fachbereich SH/Asyl	610%	+50%*	+ 160%	820%	→ + 10% Pensenaufstockung → + 50% Neuanstellung erfolgt → Ausschreibung einer Stelle: 80-100%
Fachbereich Admin	810%	+20%*	+ 20%	850%	→ + 20% Pensenaufstockung
Reg. AHV-Zweigstelle	160%			160%	
<b>Total</b>	<b>24.70</b>	<b>70%</b>	<b>250%</b>	<b>27.90</b>	

\*Entlastung Ukraine

In diesem Sinne werden zur Sicherstellung des Betriebs des Sozialdienstes Wasseramt mit der Regionalen AHV-Zweigstelle für den Stellenplan für das Jahr 2023 insgesamt 27.90 Stellen ausgewiesen.

Am 27.10.2022 hat der Gemeinderat einstimmig dem Stellenplan des Sozialdienstes Wasseramt auf der Basis von 27.90 Stellen zuhanden der Gemeindeversammlung genehmigt.

Das Departement des Innern, vertreten durch das AGS, prüft gestützt auf § 39 Abs. 4 der Sozialverordnung jeweils auch die Stellenpläne. Mit Verfügung vom 09.11.2022 wurde der Stellenplan des Sozialdienstes Wasseramt für das Jahr 2023 durch das AGS vorbehaltlos genehmigt.

Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen deshalb einstimmig auf die Vorlage einzutreten und dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Der Gemeindepräsident



Roger Spichiger

**Beschlussesentwurf:**

Der Stellenplan des Sozialdienstes Wasseramt wird auf der Basis von 27.90 Stellen genehmigt.